



# Medienmitteilung

17. Juli 2018

## Zentralschweizer Regierungskonferenz bemängelt die Verordnungen zum Geldspielgesetz

Die vom Bundesrat in die Vernehmlassung geschickte Verordnung zum Geldspielgesetz stösst in der Zentralschweiz auf Widerstand. Nebst vielen Detailkorrekturen herrscht in der Zentralschweiz Einigkeit darüber, dass die Beschränkung von Bruttoeinnahmen für Lotterieveranstaltungen auf 25'000 Franken zu tief angesetzt, wenn nicht sogar überflüssig ist. Zu weit hingegen geht der Bundesrat mit seinen Vorschlägen zur Lockerung der Vorschriften über Pokerturniere.

Das Vernehmlassungsverfahren zu den Verordnungen zum Geldspielgesetz wurden am 15. Juni 2018 abgeschlossen, kurz nach der Volksabstimmung zum entsprechenden Gesetz. Der Bund hatte die Verordnung weit vor dem Abstimmungstermin in die Vernehmlassung geschickt, im Bestreben, nicht unnötig Zeit zu verlieren. Dieses Vorgehen haben die Zentralschweizer Kantone akzeptiert, obwohl es eher ungewöhnlich ist. Inhaltlich ist die Zentralschweiz allerdings insbesondere mit der Verordnung über Geldspiele in wesentlichen Punkten mit dem Bundesrat nicht einig.

### Überflüssige Limitierung der Einsätze bei Tombolas

So stösst die Idee des Bundesrates auf heftigen Widerstand, wonach für Tombolas die Bruttoeinnahmen maximal 25'000 Franken betragen dürfen. Mit diesem sehr tief angesetzten Betrag käme es zu einer massiven Beschränkung von Lottos und Tombolas, die von Vereinen jeweils mit grossem Aufwand organisiert werden und eine wichtige Einnahmequelle darstellen. Lottos und Tombolas haben in der Zentralschweiz eine lange Tradition und in der Vergangenheit weder zu Exzessen noch zu Vollzugsproblemen geführt. Mit der vom Bundesrat vorgesehenen Limitierung würden viele solcher Veranstaltungen unrentabel.

Vereine haben für unser gesellschaftliches Zusammenleben eine wichtige Funktion. Sie sollten nicht unnötig eingeschränkt werden. Deshalb ist eine Limitierung der Einsätze grundsätzlich überflüssig, wenn schon, müsste sie wesentlich höher angesetzt werden.

### Kleine Pokerturniere stärker reglementieren

Der Bund schlägt vor, kleine Pokerturniere ausserhalb von Casinos in Zukunft zuzulassen, wobei ein Konzept mit Massnahmen gegen das exzessive Geldspiel und illegale Spielaktivitäten erst ab 24 Turnieren pro Jahr vorgelegt werden muss. Die Lockerung geht den Zentralschweizer Kantonen zu weit. Die Grenze ist nicht nachvollziehbar. Sollten kleine Pokerturniere ausserhalb Casinos überhaupt zugelassen werden, so

soll ein Massnahmenkonzept bereits ab zwölf Turnieren vorgelegt werden müssen. Gerade im Kontext zur Beschränkung der Lotteriespiele irritiert der bundesrätliche Vorschlag: Während einerseits Lottos und Tombolas zum Nachteil unserer traditionellen Vereine eingeschränkt werden sollen, so will der Bundesrat andererseits die Grenze für notwendige Vorkehrung zum Schutz der Spielerinnen und Spieler bei Pokerturnieren zu hoch ansetzen. Die Zentralschweizer Kantone sind der Meinung, es müsste gerade umgekehrt sein, um exzessives Geldspiel und Spielsucht effektiv zu bekämpfen.

Weitere Auskünfte:

Regierungsrat Othmar Reichmuth, Präsident der ZRK, Telefon 041 819 25 15

Zeitfenster: Dienstag, 17. Juli 2018, 09:00 – 12:00 Uhr

**Die Zentralschweizer Regierungskonferenz**

ist ein 1966 gegründeter Zusammenschluss der Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug. Die Kantone Zürich, Aargau und Tessin sind assoziierte Mitglieder der Konferenz. Die als Plattform für die interkantonale Zusammenarbeit gegründete Konferenz trifft sich jährlich zu zwei Plenarversammlungen. Im ZRK-Ausschuss, in den sieben Zentralschweizer Direktorenkonferenzen und in der Staatsschreiberkonferenz werden aktuelle Geschäfte beraten und Zusammenarbeitsprojekte lanciert. In Fachkonferenzen auf Verwaltungsebene werden die einzelnen Geschäfte operativ vorbereitet und umgesetzt. Die interkantonale Kooperation in der Zentralschweiz soll jene Bereiche, die für die Attraktivität der Zentralschweiz als Lebens- und Wirtschaftsraum wichtig sind, stärken und die Interessen der Zentralschweizer Kantone in der Bundespolitik und im Metropolitanraum Zürich stark und nachhaltig vertreten.

Weitere Informationen siehe [www.zrk.ch](http://www.zrk.ch).